

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.08.2005**

***öffentlich***

---

**Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4**

**Zeit: 16:00 Uhr bis 19.30 Uhr**

**Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath  
Frau Heike Wießner  
Frau Ute Haupt  
Frau Gertrud Ewert  
Frau Hanna Haupt  
Frau Elke Schwabe  
Frau Brigitte Thieme  
Herr Leonhard Dölle  
Frau Beate Gellert  
Frau Antje Klotsch  
Herr Uwe Kramer  
Herr Winfried Weber  
Herr Herbert Jomrich  
Frau Renate Leonhard  
Frau Peggy Rarrasch  
Herr Sarunski  
Herr Lothar Rochau  
Frau Susanne Schmotz  
Frau Dagmar Szabados  
Frau Kathrin Lademann

i.V. Herr Tobias Heinicke

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	entschuldigt
Frau Dr. Gesine Haerting	entschuldigt
Frau Bärbel Scheiner	entschuldigt
Herr Helmut Becker	unentschuldigt
Herr Jörg Lau	
Frau Müller	entschuldigt
Herr Max Privorozki	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 02. Juni 2005
- 4. Kurzvorstellung des Vereins Un-art-IG e.V.
- 5. Kurzbericht eines Vertreters der Jugendkontaktbereichsbeamten der Polizeidirektion Halle (Saale) zur Tätigkeit der Jugendkontaktbereichsbeamten in der Stadt Halle (Saale)
- 6. Bericht zur Wohnsozialisierungshilfe in der Stadt Halle (Saale)  
hier: Hilfen für jugendliche und heranwachsende Haftentlassene  
(Anfrage von Frau Hanna Haupt)  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie  
Als sachkundige Gäste wurden geladen: Fachbereich Soziales der Stadt, Vertreter der Justizvollzugsanstalten I und III und der Jugendanstalt Raßnitz; des Vereins Freie Straffälligenhilfe e.V. Halle und des "Resoprojektes" des ASB Ortsverbandes Halle
- 7. Vorstellung der Sozialen Dienste  
hier: Jugendgerichtshilfe  
- Bericht zur Qualität von Jugendhilfe und Sozialarbeit im Jugendstrafverfahren und Leistungsbeschreibung der Jugendgerichtshilfe  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter und Herr Sperk, Jugendgerichtshilfe des Fachbereiches Kinder , Jugend und Familie
- 8. Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle  
Berichterstattung: Frau Bürgermeisterin Szabados  
Vorlage: IV/2005/04825
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Finanzierung der Singschule ab dem Haushaltsjahr 2006  
Vorlage: IV/2005/05045
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Anregungen
- 12. Mitteilungen
  - der Verwaltung zur Finanzierung des Projektes "Triple P" des Caritasverbandes Halle e.V. im Zusammenhang mit der Vorlage IV/2005/04945
  - der Verwaltung zur Verfahrensweise zur Ausstattung von Kindertagesstätten
  - Sachstandsinformation der Verwaltung zum Gerichtsverfahren bzgl. der Baumängel der KITA "Käthe Duncker - Kinderland"

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

### Wortprotokoll:

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sitzung durch die Vorsitzende sofort begonnen.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

### Wortprotokoll:

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die fristgerechte Zusendung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

### Wortprotokoll:

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass der TOP 8 als TOP 7 vorgezogen werden sollte, da dies im Zusammenhang zu sehen ist.

Der Bericht „Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle“ kommt als TOP 8.

Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

## zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 02. Juni 2005**

### Wortprotokoll:

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

## zu 4 **Kurzvorstellung des Vereins Un-art-IG e.V.**

### Wortprotokoll:

**Frau Kerstin Rößler** stellte die Tätigkeit des Vereins Un-art-IG e.V. den Mitgliedern vor.

Frau Rößler sprach u.a. an, dass der Verein 1995 gegründet wurde und Träger des Fachzentrums „Gegen Gewalt“ (FZGG) ist. Sie stellte kurz die Projekte des FZGG vor, u.a. ging sie näher auf z.B. stattfindendes Anti-Gewalt-Training ein. Frau Rößler verwies auch auf die seit 2002 betriebene Beratungsstelle für Jungen und Männer. Sie erwähnte die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, u.a. auch mit dem Kinderbüro der Stadt an.

**Frau Hanna Haupt** dankte Frau Rößler für die Vorstellung und verwies darauf, dass über den Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII des Vereins im nichtöffentlichen Teil entschieden wird.

**Anfrage eines Mitgliedes (STR)** zur erwähnten Ansiedlung des Vereins in Halle.

**Frau Rößler antwortete**, dass der Verein seit 2000 mit Büro in Halle tätig ist, vorher war der Vereinssitz an der Grenze Halle-Saalkreis.

**Anfrage eines Mitgliedes (STR)**, zum Anmeldeverfahren zum Anti-Gewalt-Training und Einbeziehung des ASD.

**Frau Rößler antwortete**, dass auch über den ASD Anfragen zu diesem Trainingsprogramm erfolgen.

**zu 5      Kurzbericht eines Vertreters der Jugendkontaktbereichsbeamten der  
Polizeidirektion Halle (Saale) zur Tätigkeit der  
Jugendkontaktbereichsbeamten in der Stadt Halle (Saale)**

**Wortprotokoll:**

**Herr Alexander Junghans** stellte sich als Vertreter der Jugendkontaktbereichsbeamten der Polizeidirektion Halle vor. Er verwies darauf, dass es insgesamt in der Stadt Halle 6 Jugendkontaktbereichsbeamte gibt, welche nach Revieren (Sozialräumen) aufgeteilt sind. Er selbst ist für die Sozialräume II und III (Silberhöhe, Südstadt) zuständig. Herr Junghans sprach an, dass das Konzept für die Tätigkeit der Jugendkontaktbereichsbeamten 2001 mit dem Schwerpunkt Prävention und Repression entstand.

Auf Grund der Kürze der Redezeit beschränkte sich Herr Junghans nur auf das Wesentlichste und verwies darauf, dass interessierte Mitglieder sich an Frau Kaupke wenden können, da diese eine Präsentationsmappe von ihm erhalten hat.

**Herr Junghans** sprach an, mit welchen Institutionen eng zusammengearbeitet wird und dankte auch den Mitarbeitern des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (hier die für seinen Zuständigkeitsbereich zuständige Sozialraumkoordinatorin und Streetwork) für die bisherige gute Zusammenarbeit. Er brachte hierfür auch ein Beispiel an. 2003/2004 gab es im Umfeld des „Tallin“ eine größere Gruppierung Jugendlicher, welche Ärger bei den Anwohnern hervorrief. Daraufhin kamen Streetwork, Sozialraumkoordinatorin und er zusammen, um für dieses Problem eine Lösung zu finden. Den Jugendlichen wurde vorgeschlagen, für Treffen die „Mailänder Höhe“ zu nutzen, dieser Vorschlag wurde erst toleriert und später akzeptiert.

Er sprach an, dass schulbezogene Jugendarbeit bei ihm an oberster Stelle steht, um hier bereits präventiv wirksam arbeiten zu können. Er verwies darauf, dass er auch ein Verhaltenstraining im Kinderheim „C. Zetkin“ anbietet, welches gut angenommen wird.

**Frau Hanna Haupt** dankte Herrn Junghans für seine Ausführungen.

Es gab keine Anfragen.

**zu 6 Bericht zur Wohnsozialisierungshilfe in der Stadt Halle (Saale)  
hier: Hilfen für jugendliche und heranwachsende Haftentlassene  
(Anfrage von Frau Hanna Haupt)  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und  
Familie  
Als sachkundige Gäste wurden geladen: Fachbereich Soziales der Stadt,  
Vertreter der Justizvollzugsanstalten I und III und der Jugendanstalt  
Raßnitz; des Vereins Freie Straffälligenhilfe e.V. Halle und des  
"Resoprojektes" des ASB Ortsverbandes Halle**

**Wortprotokoll:**

**Frau Hanna Haupt** begrüßte zu diesem TOP folgende Gäste und erteilte diesen Rederecht:

**Herrn Klingbeil aus der JVA I;** Herrn Meier aus der JVA III, und Herrn Schmidt und Frau Eckhardt aus der JA Raßnitz. Weiterhin vom Resoprojekt e.V. Herrn Ernst und vom Freien Straffälligenhilfe e.V. Herrn Hahnel. Von der Stadtverwaltung sind hierzu noch Herr Schneller vom Fachbereich Soziales und Herr Sperk von der Jugendgerichtshilfe des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie anwesend.

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass sich die Bereitstellung von Wohnraum für junge Haftentlassene bisher immer sehr schwierig gestaltet. Hervorzuheben ist hierbei, dass auf Grund der Vermittlung des Aufsichtsrates die Hallesche Wohnungsgesellschaft bereit ist, aus ihrem Kontingent 6 Wohnungen für haftentlassene Erwachsene zu finden.

**Herr Rochau** sprach an, dass vorab dieser Sitzung allen Mitgliedern der Bericht zu den Wohnsozialisierungshilfen in der Stadt Halle (Saale) zugegangen ist. Er verwies darauf, dass eine positive Entwicklung bei den jugendlichen und heranwachsender Straftentlassenen zu sehen ist, da statistisch gesehen, ein 17%iger Rückgang im Zeitraum von 4 Jahren zu sehen ist. Eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen allen Institutionen muss erreicht werden. Mit Stand 18. Juli 2005 sind 9 Jugendliche und 8 Heranwachsende in Untersuchungshaft und 8 im Regelvollzug untergebracht. Herr Rochau erwähnte die in der Jugendhilfe greifenden Gesetzlichkeiten (§71,72,88 JGG, § 41 SGB VIII). Er verwies auf entsprechende Wohnprojekte bzw. Hilfen für junge Heranwachsende. Er machte hierbei auch die Rolle des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Jugendgerichtshilfe deutlich.

**Anfrage eines Mitgliedes (Freie Träger)**

Gibt es auch eine Vermittlung in das Wohnprojekt nach Niemberg.

**Herr Sperk antwortete**, dass es auf Grund verschiedener Qualitäten und Angebote verschiedene Partner gibt. In Niemberg wurden auch Jugendliche untergebracht, soweit ihm bekannt ist zwei.

**Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger)** zur Verhältnismäßigkeit der mitgeteilten Statistik.

**Herr Rochau antwortete**, dass Rückgänge zu verzeichnen sind. Es ist eine ungleiche Entwicklung in den einzelnen Sozialräumen zu sehen. Neustadt und Heide-Nord machen 49% des gesamten Strafaufkommens aus.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob** bei den Jugendlichen, welche in U-Haft sind, die Kontakte zum ASD bzw. Jugendgerichtshilfe bestehen bleiben.

**Herr Sperk antwortete**, dass einige Jugendliche kaum Kontakte zum Elternhaus haben, da die Familie oftmals mit Strafeintritt diese abbricht. Durch verschiedene Träger wie Resoprojekt, ASB, SCHIRM und der Straffälligenhilfe e.V. werden entsprechende Angebote unterbreitet. Er verweist eindeutig darauf, dass Hilfe keine Zwangsmaßnahme ist sondern nur auf freiwilliger Basis angenommen werden kann. Die Jugendgerichtshilfe ist im Kontakt mit den Jugendanstalten und versucht Hilfen anzubieten.

**Frau Eckhardt von der JA Raßnitz** sprach an, dass für die Jugendlichen zum Termin der Haftentlassung oftmals keine ausreichende Hilfe da ist. Die Hilfen zur Erziehung greifen nur bei 18jährigen. Die Praxis ist anders, als es vom Gesetz vorgeschrieben wird. Wenn kein Elternhaus vorhanden ist, welche dem Jugendlichen Aufnahme gewährt dann ist alles Weitere oftmals vorprogrammiert und diese Jugendlichen landen dann im Obdachlosenheim.

**Herr Ernst vom Resoprojekt e.V.** ergänzte dieses, indem er darauf verwies, dass wenn HzE scheiterten keinerlei Unterstützung vorhanden ist. Hier sieht er eine Lücke/Schnittstelle welche nicht geregelt ist.

**Herr Klingbeil von der JVA I** sprach an, dass es bereits ein Problem darstellt, dass es für Männer mehr Möglichkeiten als für Frauen gibt. Er begrüßt es sehr, dass durch die HWG jetzt 6 Wohnungen für haftentlassene Erwachsene zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Bedarfe sind vorhanden, da oftmals das Elternhaus bei diesen Jugendlichen wegfällt und sie demzufolge dorthin nicht zurückkehren können.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob** tatsächlich die Jugendlichen aus der Haft rausgehen, wenn klar ist, dass sie anschließend keine Wohnung haben.

**Herr Sperk antwortete**, dass es solche Einzelfälle gibt. Es gibt bereits Angebote für die Jugendlichen, während der Haft. Eine Betreuung durch Hafthelfer und Jugendgerichtshilfe setzt vor der Haftentlassung ein, in dem Gespräche geführt und Hilfen angeboten werden.

**Durch ein Mitglied (Freie Träger)** wurde darauf verwiesen, dass eine Mitwirkungspflicht durch die Jugendlichen vorhanden sein muss, ansonsten kann Jugendhilfe nicht greifen.

**Herr Schmidt von der JA Raßnitz** sprach an, dass seine Einrichtung überwiegend mit heranwachsenden Jugendlichen zu tun hat. Es gibt kaum noch eine engmaschig betreute Wohnform. Für 18-27jährige sollte es Unterbringungsmöglichkeiten geben, auch wenn dies sehr teuer ist.

**Herr Hahnel vom Straffälligenhilfe e.V.** sprach an, dass er auch für Prävention und Resozialisierung ist. Die bisher angesprochene Problematik kann von ihm ebenfalls so bestätigt werden. Sehr auffällig ist es, dass Angebote fehlen oder einige nicht mehr funktionieren. Koordinierende Angebote sollen auch über seinen Verein erfolgen. Dies betrifft das gesamte Umfeld wie Bildung, Arbeit und Wohnen. Er erläuterte kurz das Anliegen und die Angebote des Straffälligenhilfe e.V. und verwies darauf, dass z.Zt. 30 Personen durch seinen Verein betreut werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob** es im Umfeld der Einrichtungen „gelebte Nachbarschaft“ gibt.

**Herr Schmidt antwortete**, dass die JA Raßnitz in ländlicher Umgebung liegt. Kontakte bestehen zum Gemeindepfarrer, welcher auch in der Einrichtung tätig ist. Durch die Gemeindeglieder gibt es weniger Interesse und auch keine positive Resonanz. Ein positiver Ansatz ist jetzt, dass die „Freigänger“ den örtlichen Jugendclub mit nutzen dürfen.

**Herr Meier von der JVA III antwortete**, dass es im Umfeld seiner Einrichtung auch keine guten Nachbarschaftskontakte gibt. Eine Zusammenarbeit ist schwierig. Anfang 2000 hatte man versucht, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die sehr schnell wieder im Sand verlief. Hier war angedacht, sich mit der Aufarbeitung von Sexualstraftaten auseinander zu setzen. Es gab kein Interesse der Bevölkerung mehr.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass sich Mitglieder des Jugendhilfeausschusses eine JVA mal ansehen und vor Ort informieren sollten.

**Herr Schmidt** sprach eine Einladung an die Mitglieder aus. Er wies darauf hin, dass ein Großteil der inhaftierten Jugendlichen auch von auswärts kommen, aber nach der Haftentlassung in Halle bleiben möchten.

**Ein Mitglied (Fr. Träger)** sprach an, dass hierzu auch die Position der ARGE gehört werden müsste, da diese auch Hilfe für den Personenkreis der Haftentlassenen anbietet.

**Frau Szabados sprach** an, dass nach Verbüßung einer Straftat die Jugendlichen wieder in das Umfeld als „normale“ Jugendliche eingegliedert werden sollen. Ein hoher Anteil der Jugendlichen konzentriert sich auf die Stadt Halle. Es gibt ein Netzwerk in Halle, welches sicher auch Lücken hat. Eine enge Zusammenarbeit muss gegeben sein, damit die Jugendanstalt und die JVA's Unterstützung erhalten. Hinsichtlich der Auszahlung eines „Taschengeldes“ für Häftlinge in Untersuchungshaft laufen zur Zeit Gespräche mit der ARGE. „Drehtüreffekte“ sollen vermieden werden. Es müsste erreicht werden, dass die Gemeinde, woher die Jugendlichen vom Wohnort kommen, sich finanziell beteiligen. Das Jugendamt, speziell die Jugendgerichtshilfe, muss engen Kontakt zu den Anstalten und damit den Jugendlichen haben.

**Herr Schmidt sprach** an, dass Herr Sperk öfters in Raßnitz ist. Dessen Mitarbeiterinnen haben mehr den telefonischen Kontakt zu ihnen, was sicher durch die Entfernung gegeben ist. Wünschenswert wären öftere Besuche durch die Jugendgerichtshelfer in Raßnitz.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** zu den im Bericht erwähnten „Haftalternativen“, welche „fachlich gerechtfertigt“ sein müssen. Wie verhält sich das.

**Herr Sperk antwortete**, dass es für Unterbringungen in einer Einrichtung der Jugendhilfe verschiedene Gründe gibt. Aus Sicht der Jugendhilfe wird versucht, für die Jugendlichen solche Möglichkeiten zu finden und entsprechende Vorschläge zu machen.

**Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger)** wie sich die Entwicklung bei der Verfestigung von Jugenddelinquenz beim Einzelnen verhält.

**Herr Sperk antwortete**, dass es hier verschiedene Erfahrungswerte gibt. Bei den 14-21-jährigen gibt es oftmals Wiederholungstäter. Es gibt „verfestigte Biografien“, welche oftmals auch in der familiären Struktur begründet sind. Eine Straffälligkeit zieht sich oft durch eine gesamte Familie.

**Frau Hanna Haupt** dankte allen Beteiligten und fasste abschließend zusammen, dass deutlich gemacht wurde, wie wichtig Hilfen insbesondere auch bei der Unterbringung nach der Haftentlassung sind. Sie schlug vor, dass sie mit einigen Stadträten zusammen eine

vermittelnde Funktion bei weiteren Wohnungsunternehmen übernehmen würde, um zu erreichen, dass diese Wohnungen für haftentlassene Jugendliche und Heranwachsende anbieten.

**Herr Godenrath** schlug vor, dass auch aus dem Jugendamt Saalkreis und umliegenden Landkreisen Mitglieder bei einer Besichtigung in den Jugendhaftanstalten einbezogen werden sollten.

Es erfolgte eine Einigung, dass eine Haftanstalt in Halle als auch die Jugendanstalt in Raßnitz durch Mitglieder unseres Jugendhilfeausschusses besucht werden sollen. Eine terminliche Verständigung hierzu muss gesondert erfolgen.

**zu 7        Vorstellung der Sozialen Dienste**  
**hier: Jugendgerichtshilfe**  
**- Bericht zur Qualität von Jugendhilfe und Sozialarbeit im**  
**Jugendstrafverfahren und Leistungsbeschreibung der Jugendgerichtshilfe**  
**Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter und Herr Sperk,**  
**Jugendgerichtshilfe des Fachbereiches Kinder , Jugend und Familie**

#### **Wortprotokoll:**

**Frau Hanna Haupt** wies eingangs der Berichterstattung darauf hin, dass auf S. 3 im letzten Abschnitt, 2. Satz ein Wort fehlt und zwar muss es richtig heißen: „.....Eine Zuspitzung findet dieser Konflikt im **fehlenden** Zeugnisverweigerungsrecht der Jugendhilfe.“  
Sie bittet darum, dieses Wort hinzuzufügen.

**Herr Sperk** hielt einen Bericht zu den Qualitätsanforderungen von Jugendhilfe und Sozialarbeit im Jugendstrafverfahren und zur Leistungsbeschreibung der Jugendgerichtshilfe. Diese Berichte lagen den Mitgliedern vorab bereits vor. Herr Sperk erläuterte Wesentliches und ging auch auf einzelne Projekte wie das „Projekt Ladendiebstahl“ oder „Verkehrsunterricht“ näher ein. Er wies darauf hin, dass die Statistik der Polizei nicht identisch mit der Statistik von ihnen ist, da die Polizeistatistik Halle und Saalkreis umfasst.

**Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger)** ob die Anzahl der Jugendgerichtshelfer beim Fachbereich erweitert werden soll. Z.Zt. sind 8 MitarbeiterInnen dort tätig. Es ist deutlich, dass besonders in den Sozialräumen IV und V besonders viele Straftaten zu verzeichnen sind.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Jugendgerichtshilfe als EIN Spezialdienst anzusehen ist, der mit straffälligen Jugendlichen zu tun hat. Die Anbindung der Jugendgerichtshelfer mit Sitz in den jeweiligen Sozialräumen ist neu. Die Bedarfe können erst nach einiger Zeit neu eingeschätzt werden, da Synergieeffekte durch die Sozialraumorientierung erwartet werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger)** ob angedacht ist, dass das Klientel seine Stunden dann im jeweiligem Sozialraum leistet.

**Herr Sperk antwortete**, dass dies geplant ist, aber nicht in jedem Fall möglich sein wird.

**Frau Szabados sprach** an, dass die sozialraumorientierte Tätigkeit positiv ist. Sie fragte, wie die Zusammenarbeit bei bevorstehenden Entlassungen von strafgefangenen Jugendlichen läuft und wie die Begleitung durch den ASD weitergeht.

**Herr Sperk antwortete**, dass es bereits vorab der Inhaftierung eine Vernetzung von verschiedenen Diensten gibt. Oftmals sind die Klienten schon über HzE dem ASD bekannt und dort in der Fallverantwortung. Während der Haftzeit ist durch den ASD keine Betreuung, diese greift aber sofort nach der Haftentlassung wieder.

**Frau Heder ergänzte**, dass eine konkrete Vorbereitung durch den ASD erfolgt, sobald die Haftentlassung klar ist. Dann tritt das Hilfeplanverfahren ein.

**Frau Hanna Haupt** dankte für die Berichterstattung.

**zu 8 Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle**  
**Berichterstattung: Frau Bürgermeisterin Szabados**  
**Vorlage: IV/2005/04825**

#### Wortprotokoll:

**Frau Chaghouri informierte** zum vorliegenden Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle, welcher in ausführlicher Form vorgelegt wurde. Dieser soll durch die verschiedenen Gremien zur Kenntnis genommen und der Beschluss gefasst werden, diesen aller zwei Jahre vorzulegen. Schwerpunkt in Halle wird auf das bürgerschaftliche Engagement gelegt.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** zum 2. Beschlussvorschlag. Woher kommen die 25.000 €/Jahr für die Ausstattung mit Systemen zur automatischen Verbrauchserfassung. Außerdem werden auf S. 7 im 3. Absatz widersprüchliche Aussagen festgestellt. Zum einen steht, dass die Stadt Halle „beabsichtigte....auszustatten.“ Und wiederum heißt es dann: „Das Projekt wurde....gefördert.“. Wie verhält sich das nun richtig.

**Frau Szabados antwortete**, dass hierzu Rücksprache mit dem Bereich Umwelt, Frau Balleyer genommen werden muss. Dieser Bereich muss nach der Beschlussfassung sichern, dass über ZGM diese Einbeziehung von Liegenschaften in das Energiecontrolling erfolgt. Wenn zukünftig das integrative Berichtssystem besteht, dann können ggf. Berichte wegfallen und Daten dort abgerufen werden. Die angesprochenen Fragen können sicher im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 18.08.05 geklärt werden. Auch die angesprochenen Aussagen auf S. 7 des Berichtes.

Da es keine weiteren Anfragen gab, rief **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung der Beschlussvorschläge auf.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt den gemeinsamen Bericht „Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt Halle“ zur Kenntnis und beschließt, dass der gemeinsame Bericht „Lokale Agenda 21 Halle“ aller zwei Jahre durch die Stadtverwaltung vorgelegt wird.
2. Der Stadtrat beschließt, dass durch den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement weitere kommunale Liegenschaften in das Energiecontrolling einbezogen werden. Ziel ist es, mittelfristig alle Liegenschaften mit Energie- und Wasserkosten von mehr als 25.000 €/Jahr mit Systemen zur automatischen Verbrauchserfassung auszustatten. Dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ist jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

<b>Zustimmung</b>	<b>9</b>
<b>Ablehnungen</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltungen</b>	<b>1</b>

**Somit wurde einstimmig zugestimmt.**

**zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**Wortprotokoll:**

Es lagen außer dem Antrag unter 9.1. keine weiteren Anträge vor.

**zu 9.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Finanzierung der Singschule ab dem Haushaltsjahr 2006  
Vorlage: IV/2005/05045**

**Wortprotokoll:**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass es zu dem vorliegenden Antrag am 30.08.05 erst einen Termin zwischen den Geschäftsbereichen IV und V gibt. Im nächsten Jugendhilfeausschuss kann dann der weitere Verfahrensweg benannt werden.

**zu 10 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Wortprotokoll:**

**Frau Ute Haupt fragte an**, ob es den Tatsachen entspricht, dass Eltern keine Anträge für einen Wechsel in eine andere KITA abgeben können.

**Frau Lademann antwortete**, dass Ummeldeanträge angenommen werden. Es erfolgt aber oftmals auch der Hinweis an die Eltern, dass auf Grund nicht ausreichender Platzkapazitäten für die gewünschte KITA eine Warteliste besteht. Solange dem Antrag nicht entsprochen werden kann, soll der bisherige KITA-Platz noch nicht abgemeldet werden.

**Frau Ute Haupt fragte** zum Anliegen der Heilpädagogin Frau Andrea Schünemann an, welche sich an sie gewandt hatte. Wieso kommt es nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

**Herr Rochau informierte** über den aktuellen Stand. Er verwies auf ein Dankschreiben von Frau Schünemann vom 13.07.05. Der Beschwerdeführerin ist der Umfang des kompletten Verfahrens zum § 35a ausführlich erläutert worden.

**Frau Szabados ergänzte**, dass Frau Schünemann einige Personen damit beschäftigt hat, da sie sich nicht sofort angenommen fühlte. Sie wies darauf hin, dass immer erst eine Prüfung erfolgen muss, was für Leistungen im jeweiligen Einzelfall erforderlich sind und dann werden die Angebote geprüft. Das „Wunsch-Wahlrecht“ der Eltern ist das Eine. Es muss dennoch gesehen werden, was für Leistungen erbracht werden sollen und wie die Finanzierung gesichert ist.

**Frau Wiesner fragte an**, wer für die Sicherung von Objekten verantwortlich sei. In Diemitz hat sich vor einigen Wochen ein Mann angezündet und dadurch ist das Wohnobjekt in starke Mitleidenschaft gezogen worden. Dort fallen Steine auf den Gehweg und ein Schulweg führt dort lang.

**Frau Szabados** sicherte zu, dass über das Kinderbüro das Bauordnungsamt einbezogen wird und dies sofort geprüft wird.

**Herr Godenrath stellte folgende Anfragen:**

1. Wie ist der Stand zum Fanprojekt HFC?
2. Wie ist der Stand zur gescheiterten KIFÖG-Klage?
3. Wie ist der Stand zu den Klagen der KITA-erzieherinnen?
4. Ist als Anregung zu verstehen, dass die KITA-satzung auf Grund veränderter Gesetze geändert dem Stadtrat vorgelegt werden sollte.

**Herr Rochau antwortete zu 1.:**

Es gab ein Gespräch am 17.06.05 mit den Verantwortlichen des HFC. Im September soll ein neuer Termin vereinbart werden, an welchem auch ein Vertreter der Polizei teilnehmen soll. Bis dahin wird ein Konzept zur Fanarbeit vom Streetworkbereich vorgelegt werden. Die Kostenfrage (über HFC, evtl. auch Fördermittel) und die Ansiedlung des Fanprojektes muss bis dahin geprüft werden. Weiterhin muss eine Anlaufstelle (Räume) gefunden werden. Der Ausschuss wird im November erneut informiert werden.

**Frau Szabados antwortete zu 2.:**

Das Urteil vom Landesverfassungsgericht liegt jetzt vor. Die Stadt hatte Klage eingereicht, da auch Einrichtungen gefördert werden sollten, die nicht im Bedarfs- und Entwicklungsplan der Stadt enthalten sind. Unabhängig vom BEP haben Träger Einrichtungen in der Stadt mit Genehmigung des Landesverwaltungsamtes aufgemacht, die eine Finanzierung beantragt haben. Vom Gericht wurde die Klage der Stadt formell abgewiesen, mit der Begründung, dass dies bereits im KIBEG stand und die Stadt damals bereits Klage hätte einreichen müssen.

**Frau Szabados antwortete zu 3.:**

Auf Grund der veränderten Gesetzeslage gab es damals einen Personalüberhang. Mit einigen Erzieherinnen konnten Auflösungsverträge gemacht werden, es mussten aber auch 82 Kündigungen ausgesprochen werden. 78 Erzieherinnen haben dagegen geklagt. In 1. Instanz hat die Stadt gewonnen, hierzu gab es einen Einspruch der Mitarbeiterinnen. In 2. Instanz gab es einen Vergleich. In 5 Fällen hat die Stadt auf Grund eines Formfehlers verloren, da der Anwalt dieser 5 Erzieherinnen festgestellt hat, dass Kündigungen durch die Oberbürgermeisterin und hier i.V. durch den Leiter des Fachbereiches Organisations- und Personalservice ausgesprochen werden müssen. Die Kündigungen wurden aber durch die stellvertretende Leiterin dieses Fachbereiches ausgesprochen. Die Vollmacht für die Stellvertreterin hat vorgelegen, aber nur als beglaubigte Kopie. Es muss aber immer das Original sein.

**Anfrage durch Herrn Godenrath** wie hoch die Mittel sind, welche für die Zahlung der Gehälter jetzt bereitgestellt werden müssen und ob eine Weiterbeschäftigung überhaupt erfolgen kann.

**Frau Szabados antwortete**, dass eine Weiterbeschäftigung problemlos mittlerweile erfolgen kann, da einige Mitarbeiterinnen ausgeschieden sind bzw. durch die Inanspruchnahme von mehr Ganztagsplätzen ein höherer Bedarf wieder gegeben ist. Die Rückzahlung eines Jahresgehältes muss erfolgen. Die Verfahrensweise hierzu wird sie so nicht hinnehmen

sondern noch abklären. Hier stimmt sie Herrn Godenrath zu, dass durch die Stadt hier Verfahrensfehler passiert sind.

**Anfrage durch Herrn Godenrath**, für 40 % der Kinder in den Einrichtungen übernimmt die Stadt die Kosten nicht . Somit kommt ein Teil der Eltern jetzt besser weg als noch zu Zeiten der einkommensabhängigen KITA-Gebühren .

**Frau Szabados** antwortete, dass 11.000 Kinder in Einrichtungen betreut werden. Ca. 40% zahlen keinen Elternbeitrag.

#### zu 11 Anregungen

##### Wortprotokoll:

Es gab keine Anregungen.

#### zu 12 Mitteilungen

- der Verwaltung zur Finanzierung des Projektes "Triple P" des Caritasverbandes Halle e.V. im Zusammenhang mit der Vorlage IV/2005/04945
- der Verwaltung zur Verfahrensweise zur Ausstattung von Kindertagesstätten
- Sachstandsinformation der Verwaltung zum Gerichtsverfahren bzgl. der Baumängel der KITA "Käthe Duncker - Kinderland"

##### Wortprotokoll:

**Herr Rochau informierte** zum Stand der Finanzierung des Projektes „Triple P“ des Caritasverbandes. Der Vorschlag der Verwaltung zur Ablehnung der Projektförderung war in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.06.05 mehrheitlich abgelehnt worden. Die Verwaltung hat sich mit dem Träger über eine Vereinbarung geeinigt, dass das Projekt über eine Kostensatzfinanzierung laufen soll. Der Finanzierung liegt die Fachleistungsstunde in Höhe von 49,54 €/Stunde zugrunde. Das abrechenbare Stundenbudget wird auf 250 Stunden im Projektzeitraum festgesetzt. Der Träger wird dem Jugendhilfeausschuss im I. Quartal 2006 einen aussagekräftigen Bericht zur Zielstellung und Wirkung geben.

**Frau Szabados informierte** die Mitglieder über das PPP-projekt 9 Schulen und 6 Horte/KITA's werden in das Projekt aufgenommen. Hierzu wird eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses und Stadtrates erfolgen. Die Vorlage soll in die Septembersitzung eingebracht werden . Eine europaweite Ausschreibung soll erfolgen. Sie bat den Ausschuss um Verständnis, dass die Vorlage nicht fristgerecht versendet werden kann. Es ist vorgesehen, den Bildungsausschuss zu der Sitzung am 01.09. zu dem TOP mit einzuladen.

**Frau Szabados** teilte mit, dass es ein Gremium für Ausschreibeverfahren zur Neuausstattung von Kindertagesstätten geben soll, in welchem auch ein Vertreter des Jugendhilfeausschusses mitwirken soll.

**Frau Schwabe** teilte ihre Bereitschaft hierfür mit, so dass Frau Szabados dies verbindlich so weitergeben wird.

**Frau Szabados** bat Frau Lademann über den Stand des Gerichtsverfahrens zu den Baumängeln in der KITA „K.Duncker – Kinderland“ zu informieren.

**Frau Lademann teilte** mit, dass es keinen neuen Stand gibt. Das Beweisverfahren ist immer noch nicht abgeschlossen. Mehrere Versuche zum Vergleich wurden abgelehnt. Da nach wie vor Gefahr für Leib und Leben der Kinder besteht, muss die Verwaltung die Verantwortung ablehnen, einer Öffnung zuzustimmen. Die KITA kann einer vorübergehenden Nutzung nicht zugeführt werden. Das heißt, dass die KITA bereits das 2. Jahr nicht genutzt werden kann.

Ein Werteverlust von 2 Jahren steht somit zu Buche. Eine Aufschlüsselung hierüber wurden der Kommunalaufsicht und dem Gericht vorgelegt. In dieser Einrichtung wäre eine höhere Kapazität für die Betreuung von behinderten Kindern gegeben.

**Frau Szabados ergänzte**, dass die Eltern darüber informiert wurden. Gespräche mit dem Richter zur Beschleunigung des Verfahrens fanden statt. Sie kann die Verantwortung für eine Nutzung der KITA nicht übernehmen.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** wer die Schadensbehebung bei der KITA vornehmen würde und damit auch ein Restrisiko ausgeschlossen werden könnte.

**Frau Szabados antwortete**, dass die Schadensbehebung durch eine Firma erfolgen könnte und damit auch ein Restrisiko anschließend ausgeschlossen werden kann. Solange die Beweissicherung nicht abgeschlossen ist kann dies aber nicht erfolgen.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Hanna Haupt** informierte die Mitglieder über eine Einladung des Vereins zur Förderung von Jugend-Musik-Kulturen Halle e.V., Herrn v.d. Heide. Dieser hatte Äußerungen über die Hafenstrasse in der Sitzung im Juni zum Anlass genommen, vor Ort einzuladen. Es wurde abgesprochen, dass der Termin am 29.08.05 um 14.30 Uhr stattfindet und dass Frau Hanna Haupt, Frau Ute Haupt, Frau Wießner und Herr Rochau den Termin wahrnehmen. Herr v.d. Heide wird durch die Verwaltung über den Termin informiert.

**Frau Hanna Haupt** dankte dem Fachbereich im Namen der Eltern aus dem Paulusviertel für die schnelle Reaktion und Nutzung des Spielbereiches im Objekt des Fachbereiches.

**Frau Brederlow informierte** über den geplanten Aktionstag zur frühkindlichen Erziehung am 12.08.05 vor der Ulrichskirche und lud die Mitglieder des Ausschusses dazu ein.

**Frau Ute Haupt informierte**, dass die Hallesche Sportjugend am 26.08.05 ein Straßenfußballturnier für Jugendliche zwischen 10 – 18 Jahren veranstaltet. Hierfür sind noch Anmeldungen möglich.

**Frau Gellert** lud zur nächsten jugendpolitischen Rundfahrt in zwei Sozialräume am 17.11.05 ein. Die Themen hierzu werden in der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

Gez. Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

gez. Szabados  
Bürgermeisterin

Gez. Kaupke  
Protokollantin